

# klartext

Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

Für eine

neue

soziale

Idee.

**DIE LINKE.** PDS



## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

■ selten wurde eine Bundestagswahl so erwartet wie diese. Die **Neuwahlen zum 16. Deutschen Bundestag** werden am 18. September 2005 stattfinden – wenn die verfassungsrechtlichen Prüfungen nichts Gegenteiliges ergeben. Es gibt nach der Enttäuschung über die Agenda 2010 von SPD und Grünen eine große Erwartungshaltung an einen neuen Bundestag. In dieser Situation hat sich die Linkspartei.PDS für ein gemeinsames Projekt linker Kräfte in Deutschland geöffnet – mit programmatischen Angeboten und der Umbenennung der Partei. Und nicht nur die WASG hat diese Öffnung angenommen. Die Zeit ist reif für eine starke linke Fraktion im Bundestag, für eine Politik für soziale und demokratische Alternativen.

Wir stellen Ihnen in dieser Ausgabe zur Bundestagswahl politische Konzepte verbunden mit den **Kandidatinnen und Kandidaten der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt** vor. Auf der offenen Liste, die als Spitzenkandidatin Dr. Petra Sitte anführt, kandidieren u.a. auch die WASG-Mitglieder Elke Reinke und Veit Kuhr. Machen Sie sich ein Bild von uns. Mit diesem Magazin, beim Infostand, bei unseren Veranstaltungen und Medienauftritten. Ehrlich gesagt, der enorme Zuspruch in den letzten Wochen hat uns beflügelt. Und er hat deutlich gezeigt, wie wichtig sie ist – eine Politik **für** die Menschen.

Ihre Anke Lohmann

# Hohe Erwartungen

Noch steht die Linkspartei im Wahlkampf, der Druck wird um ein Vielfaches höher werden, wenn sie im Bundestag ist. Denn der Anspruch, den sie an sich selbst stellt, lässt die Erwartungen vieler Wähler steigen.

■ Max Frisch sagte: „Die Würde des Menschen besteht in der Wahl.“ Nun hat uns diese mal wieder ereilt. In der öffentlichen Diskussion gaukelt man uns vor, wir hätten die Wahl, je nach Koalitionsart, zwischen schnellen oder langsamen Reformen, was bedeuten würde, dass der eingeschlagene Weg unveränderlich ist. Dieser Weg brachte uns in den letzten Jahren Praxisgebühr, Lohn- und Rentenkürzungen, Arbeitszeitverlängerung und Hartz IV, die Würde der Menschen war da meist kein Thema. Also können wir wohl wählen, ob die Schere zwischen Arm und Reich langsamer oder schneller auseinander geht. Der Neoliberalismus mag zwar theoretisch alle Freiheiten bieten, aber soziale Aspekte sind für ihn nur ein Hindernis. Trotzdem, jeder Mensch ist ein soziales Wesen, ignorieren wir das, gefährden wir unsere Gesellschaft. Denn die Menschen sind aufeinander angewiesen, aber die Richtung, die von der bisherigen Regierung eingeschlagen wurde, verstärkt eher das Gegeneinander.

Die Linkspartei.PDS präsentiert sich als Alternative zum Abbau sozialer und demokratischer Rechte. Das gibt Hoffnung auch auf ein Umdenken in den Reihen anderer Parteien, denn es zeichnet sich ab, dass mit den Umfragewerten für die Linkspartei.PDS ein Ruck durch die deutsche Parteienlandschaft geht und darin liegt die große Chance, eine gerechtere und menschenwürdige Zukunft zu gestalten. Da spielt es meines Erachtens weniger eine Rolle, ob einzelne Aspekte wie die Mehrwertsteuer oder Gentechnik diskutiert werden, vielmehr kommt es darauf an, dass das Konzept für die Zukunft in sich stimmt. Das Wahlprogramm der Linkspartei zielt darauf ab. Dabei steht die Linkspartei dafür, Transparenz und Bürgernähe durchzusetzen und die Bürger- und Freiheitsrechte sowie soziale Grundrechte sind unverzichtbare Bedingungen demokratischer Politik. Zu fragen bleibt, welche Erwartungen sind an den Wiedereinzug der Linkspartei.PDS in den Bundestag zu knüpfen? Mit ihren Forderungen nach direkter Demokratie, Kriegsdienstverweigerung, Gleichberechtigung aller Men-

schen und sozialer Gerechtigkeit hat sie sich ein hohes Ziel gesteckt und viele Kritiker auf den Plan gerufen. Die einen sprechen von Nichtfinanzierbarkeit und reinem Populismus, die anderen vom verdeckten Weg in einen neuen Sozialismus. Es wird nicht einfach werden, gegen derzeitige Auffassungen von CDU und SPD Ideen und Konzepte einzubringen. Will man beweisen, dass die Vorwürfe des Populismus nicht stichhaltig sind, muss man konsequent auf die Verwirklichung der Ziele der Linkspartei.PDS hinarbeiten, dies birgt aber auch die Gefahr, sich in der Opposition abzuschotten.

Eine Veränderung der Gesellschaft kann aber nur gelingen, wenn man den Kontakt zu den anderen Gruppen sucht. Durch die Kandidatur prominenter Linker auf den Listen der Linkspartei.PDS hat sich die einmalige Chance ergeben, eine starke Oppositionsfraktion in den Bundestag zu entsenden. Und um so stärker diese ist, um so mehr Gehör werden alternative politische Ideen finden. Denn dann, davon bin ich überzeugt, wird es eine Stimme geben, die mahnt, nicht die Wirtschaft, sondern den Menschen in den Vordergrund der Politik zu stellen. In dieser Hinsicht sind die Erwartungen vieler Wähler an die Linkspartei.PDS sehr groß. Daran knüpft sich die Hoffnung, eine neue soziale Idee dem neoliberalen Trend entgegen zu setzen und die Gesellschaft, nicht nur den Staat, für mehr Gegenseitigkeit, Engagement und Verantwortung füreinander zu sensibilisieren. „Demokratie ist die Anerkennung, dass wir, sozial genommen, alle für einander verantwortlich sind.“ bemerkte Heinrich Mann.

Wenn die Linkspartei.PDS sagt, sie will weg von der Zuschauerdemokratie und hin zu einer Kultur der politischen Beteiligung und des Dialogs, erwarte ich von ihr, dass sie dies im Bundestag als eine starke, offene und selbstbewusste Opposition vertritt.

| Jenny Schulz

■ Für eine neue soziale Idee – so ist das Wahlprogramm der Linkspartei.PDS überschrieben. Braucht es tatsächlich eine neue Idee? Sicher – neu ist das nicht: Menschlichkeit. Mitmenschlichkeit. Alle Religionen haben seit den allerersten Anfängen ihren Anhängern aufgetragen: Achtet euren Nächsten. Helft den Schwachen. Haltet Frieden. Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik versteht sich nach wie vor als soziale Marktwirtschaft; niemand hat erklärt oder wird in diesem Wahlkampf erklären: Wir schaffen den Sozialstaat gänzlich ab. Niemand wird ausrufen: Ich übe keinerlei Solidarität mehr. Und doch steht es schlecht um das Soziale. Weil, so heißt es, die Globalisierung alles verändert hat. Weil die Kraft der immer weniger Jungen gar nicht mehr ausreichen kann, die Bedürfnisse der immer mehr Alten uneingeschränkt zu finanzieren. Weil der Staat nicht mehr alles richten kann.

Doch seit Sommer letzten Jahres, seit den Hartz IV-Demonstrationen, erleben wir, wie dieser Mythos zu zerbröseln beginnt. Seit die demokratischen Linken diesseits der SPD deutlich machen, dass sie ihre Kräfte bündeln und nicht weiter verzetteln wollen, zeigt sich: Eine alternative Kraft kann Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger in bislang ungeahntem Ausmaß gewinnen.

Um dieses Vertrauen zu rechtfertigen, braucht es freilich mehr als Kritik des Bestehenden und die Gewissheit, dass die uralten sozialen Ideen heute so aktuell sind wie noch nie. Ja, das sind sie – aber unter den Bedingungen von Globalisierung und HighTech-Wirtschaft, von demografischem Wandel, hochgradig ausdifferenzierter Gesellschaft und weltweiten Kommunikationsnetzen. Das zu erfassen – das ist die Herausforderung zu einer neuen sozialen Idee.

Drei Grundelemente wird sie haben müssen:

Erstens. Die Gesellschaft, Politik und Wirtschaft müssen wieder lernen, dass es stets – also auch heute – eine Verantwortung aller für alle gibt. Politik hat hier eine große, aber keine alleinige Verantwortung. Wer glaubt, es reiche, dass Politik entsprechende Antworten durchdrückt, der schwenkt auf den letztlich autoritären Irrweg ein. Der europäische Sozialstaat ist auch vor 120 Jahren nur dem Anschein nach „von oben“ eingeführt worden – in Wahrheit institutionalisierte er seither stets Formen von Selbstorganisation und Solidarität „unten“, unternehmensinterne Wohlfahrtsregeln für Alte und Sicherungssysteme gegen Krankheit, klassische Mildtätigkeit und Ergebnisse von Klassenkämpfen ebenso wie die Aushandlungs-

# Eine neue soziale Idee?

prozesse von „Kapital und Arbeit“ – verbunden mit Garantien und Zuschüssen des Nationalstaates. Für die Reorganisation des Sozialstaates reicht es auch heute nicht aus, nur auf den Staat, auf seine Gesetze und sein Geld, zu schauen. Das Versagen der Reformpolitik erklärt sich auch aus dem fehlenden innovativen Unterbau in der Gesellschaft, aus der alleinigen Verantwortungszuweisung an den Staat. Politik, die dies erkannt hat, wird sich nicht zuerst auf die Verwaltung der Missstände konzentrieren, sondern alles dafür tun, die kreativen, innovativen Kräfte in der Gesellschaft frei zu setzen.

Zweitens verlangt eine neue soziale Idee zu klären, wie die Menschen auch angesichts der neuen Risiken von heute nicht unter ein bestimmtes Lebensniveau abstürzen, wie dieses Lebensniveau aussehen muss und wie es zu erreichen ist. Es wäre infam zu versprechen, man könne die Risiken ausschließen. Es ist zynisch, sich nur auf jenen immer kleiner werdenden Teil zu konzentrieren, der immer noch stark gegen die Risiken abgeschirmt ist – durch Tarifkartelle, durch Regeln des öffentlichen Dienstes, durch das Beamtentum, durch starke Lobbys, durch Eigentum und Vermögen. Risiken können nicht ausgeschaltet werden – aber ihre Folgen für die Menschen müssen Gegenstand von Politik, Inhalt einer neuen sozialen Idee sein. Dabei geht es um mehr als Essen und Wohnen. Es geht um Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen, um Kommunikation, um Beteiligung am Fortgang der Wissensgesellschaft. Auch hier ist ein neuer gesellschaftlicher Konsens gefragt, nicht staatliche Verordnung.

Drittens schließlich ergibt sich aus der Einsicht in die Unabwendbarkeit von Risiken für die neue soziale Idee die Schlussfolgerung, dass dem Auf und Ab in Wirtschaft und individuellen Leben immer wieder auch ein Auf folgen muss – und dass dies nicht allein den persönlichen Anstrengungen und Glücksumständen

überlassen sein kann. Schon deswegen nicht, weil ja auch das Ab in aller Regel nicht in erster Linie individuell verschuldet, sondern durch gesellschaftliche Umbrüche bedingt ist.

Die neue soziale Idee – das ist nicht Ruhigstellung Benachteiligter. Gesellschaften im Umbruch müssen, wenn sie die Dynamik beherrschen wollen, genau diese Dynamik aufnehmen – auch die soziale. Privilegierte von alten Umständen und Nutznießer von neuen Entwicklungen übernehmen gemäß ihren besonderen Potenzen Verantwortung für bzw. gegenüber denjenigen, die abgehängt wurden, die nicht so schnell mitkommen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen können – und zwar nicht nur materiell oder finanziell, sondern auch immateriell.

Letzten Endes geht die neue soziale Idee alle an. Dass es nach dem Ab auch wieder ein Auf gibt, braucht die Unterstützung aus der Gesellschaft ebenso wie das Engagement, die Kreativität und auch die Risikobereitschaft des Einzelnen, der Betroffenen. | **Dr. Thomas Falkner**

---

## Impressum

**klartext – Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt**

**Herausgeber:** Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt/Landesvorstand

**Redaktion:** Anke Lohmann (Leitung), Dr. Thomas Drziska

(V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Katja Müller, Sven Barquet, Matthias Gärtner (MdL), Oliver Müller, Dr. Martin Reso, Joachim Spaeth

**Druck:** Harzdruckerei, Wernigerode

**Auflage:** 18.000 Exemplare

**Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Sonderausgabe: 21. August 2005. klartext erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

**Anschrift:** Linkspartei.PDS Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg  
Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848,  
E-Mail: landesvorstand@linkspartei-sachsen-anhalt.de

# Andere Wege aus der Krise

## Dr. Petra Sitte zu den politischen Zielen der Linkspartei.PDS und ihrem Politikverständnis

■ Meine Entscheidung, für eine Bundestagskandidatur, ergibt sich zunächst aus folgenden Gründen:

1. In der Politik haben herrschende Meinung und Entscheidungen auf der einen Seite und die Alltagserfahrung tausender Menschen und damit auch gesellschaftliche Wirklichkeit auf der anderen Seite immer weniger miteinander zu tun.
2. Die Verfälschung und Ausblendung des Zusammenhangs von Ursache und Wirkung sind kennzeichnendes, sind charakteristisches Prinzip von Politik geworden.
3. Individual- und Gruppeninteressen werden in Politik und Ökonomie systematisch verschleiert.

Diese drei Gründe sind natürlich zuerst und ausdrücklich auf die Art und Weise Politik zu machen bezogen. Ich halte das deshalb für wichtig, sie an den Anfang zu setzen, weil es für die Linkspartei.PDS und für mich immer noch darum geht, anders Politik zu machen. Natürlich hat die Art und Weise Politik zu gestalten, erhebliche Rückwirkungen auch auf die angebotenen Inhalte von Politik. Im Grunde genommen sind sie sogar Voraussetzung geworden, um diese Inhalte am Ende überhaupt durchsetzen zu können. Ich illustriere das an einem Beispiel:

Der Glaube an das vermeintlich segensreiche Wirken freier Marktkräfte ist durch die Politik in den letzten Jahren zum Dogma erhoben worden. Daraus resultierende Irrtümer, Illusionen, falsche Leitbilder und Ziele haben Akteure in Wirtschaft, Politik und Medien nach meinem Dafürhalten inkompetent für die Wirklichkeit gemacht.

Sie sind dadurch auch unfähig geworden, einen öffentlichen gesellschaftlichen Dis-

kurs über andere Wege aus der Krise der Gesellschaft zu führen. Wenn Alternativen angeboten werden, werden sie entweder diffamiert oder überhaupt nicht als Alternative aufgenommen und damit auch verleugnet. Man kultiviert sozusagen geradezu seine eigene Version von der Wahrheit. Und natürlich sind die Hartz IV-Gesetze beredtes Beispiel dafür. Ob das jetzt im Einzelnen ein bewusster oder unbewusster Vorgang ist, kann uns zunächst völlig gleichgültig sein, weil daraus gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen erwachsen, die Tausende und Abertausende von Menschen berühren, die in ihre Lebensentwürfe eingreifen und sozusagen den Daumen nach oben oder unten bewegen.

Was für mich auch eine Herausforderung bleibt, ist die Tatsache, und das ist auch tragisch in gewisser Weise, dass diese Glaubenssätze ins Bewusstsein der Menschen einsickern und ihren festen Platz in persönlichen und in gesellschaftlichen Wertvorstellungen gefunden haben.

So wird eben Arbeitslosigkeit immer noch als vernichtende persönliche Niederlage empfunden. Dabei geht bei weitem nicht nur das Einkommen verloren. Vor allem geht das Selbstwertgefühl in den Keller und viele soziale Bindungen in der Familien, zwischen Familien, Hausgemeinschaften, ehemaligen Arbeitskollegen erodieren in einer Weise, dass sich die Leute zunehmend isoliert fühlen und zurückziehen. Daher ist es nur zu logisch, dass viele Menschen, die heute noch Arbeit haben, eben nichts mehr fürchten, als diese Arbeit zu verlieren! Und Soziologen haben das längst nachgewiesen: Menschen fürchten nun einmal den Verlust mehr, als dass sie möglichen Gewinn schätzen. Ein Grund für dieses sich „Persönlich-Schuld-fühlen“ liegt nach meinem Dafürhalten in der einseitigen Orien-

tierung wirtschaftsliberaler Rechter auf Eigenverantwortung und Individualismus, ohne dass sie jemals in den letzten Jahren dafür auch nur geeignete Voraussetzungen geschaffen haben, diese beiden Ziel-funktionen zu erfüllen.

Das heißt, die Menschen haben den Druck der Verwertungslogik verinnerlicht! Das meine ich mit tragisch. Sie werden also in der Öffentlichkeit gar nicht mehr als Lohnabhängige dargestellt, sondern sie werden als Arbeitskraftunternehmer angesprochen und sollen sich auch als Arbeitskraftunternehmer verhalten. Und das heißt am Ende dann eben auch, dass sie selbst für ihre Ausbildung aufkommen sollen, dass sie selbst für ihre Weiterbildung aufkommen sollen, dass sie Kranken-, Renten-, Sozial- und Arbeitslosenversicherung eben ausschließlich selbst tragen sollen. Das hängt damit zusammen und das steht hinter diesen Forderungen beispielsweise Arbeitslosenversicherungen abzuschaftern, wie unlängst zu hören war oder hinter dem Vorschlag der FDP, die Bundesagentur abzuschaftern, so sehr man den ganzen Laden kritisieren mag.

Damit wird ein gesellschaftliches Problem, und das ist wieder mal ganz typisch für diese Art Politik, auf eine individuelle Ebene gehoben und es wird der Eindruck erweckt, als könne man das auf dieser individuellen Ebene lösen. Und deshalb fordere ich, dass unsere Politik, die Politik der Linkspartei.PDS klare Vorstellungen über realistische und glaubwürdige inhaltliche Alternativen vorzulegen hat. Ich finde eben, unsere Aufgabe ist es, den Menschen wieder Mut machen zu können und den Menschen Mut zu machen, aus diesen eingefahrenen Denkgleisen auszubrechen. Ich will einfach, dass sich niemand mehr dafür rechtfertigen muss, wenn er danach fragt, ob denn am Ende





**Dr. Petra Sitte**, Jahrgang 1960, promovierte Diplomvolkswirtin, gehört seit 1990 dem Landtag von Sachsen-Anhalt an. Von 1990 bis 2004 war sie die Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion. Im Juni 2004 wählten sie die Hallenser mit dem besten Ergebnis aller Bewerber in ihren Stadtrat. Sie ist Expertin für Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Genauso leidenschaftlich wie ihr Arbeitstil, fährt sie Rennrad. Dr. Petra Sitte ist die Spitzenkandidatin der Landesliste der Linkspartei.PDS und Direktkandidatin im Wahlkreis 73.

immer die Gleichen draufzahlen müssen und dann noch weniger erhalten. Ich will erreichen, dass niemand mehr ein schlechtes Gewissen hat, wenn er sich da-

„Politik muss versagen, solange sie nicht die tiefen ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge in Frage stellt.“

für einsetzt, dass mit seinen Steuergeldern auch wirklich Bildung, Sport, Kunst, Kultur, Theater, Soziales u.v.a.m. bezahlt werden soll. Und ich will auch, dass niemand mehr verlacht wird, wenn er fragt, ob es nicht letztlich am Kapitalismus selbst liegen könnte, dass bei der Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme Politik versagen muss, solange sie nicht die tiefen ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge in Frage stellt.

Politik muss sich daran orientieren, was die Menschen für sich selbst, für ihre Kinder und für ihre Mitmenschen brauchen und wollen! Das haben wir auch in unserem Parteiprogramm getan.

Ich betreibe seit vielen Jahren Wissenschaftspolitik. Aus der Beschäftigung mit diesem Thema ist mir Stück für Stück aufgegangen, worin ein tragfähiger Ansatz für zukunftsfähige Politik aus diesem Bereich ebenfalls bestehen könnte. Daher sind eben die Beschlüsse der Parteitage von Leuna und von Wittenberg von ganz besonderer Bedeutung. Was die Linkspartei.PDS dort zum Thema „Innovation“ beschlossen hat, entspringt einem anderen gesellschaftlichen Ansatz zum Umgang mit Wissensformen und Wissensinhalten.

1. Wir gehen in unseren Konzepten nicht von der Kapitalisierung von Wissen aus. Allgemeines lebendiges Wissen und Alltagskultur sind und bleiben für uns Gemeingüter, um die es zu kämpfen gilt. Deshalb setzen wir uns gegen die Privatisierung von Zugangsmöglichkeiten und die Einschränkung von Zugangsrechten ein. Diese Privatisierung erst ermöglicht nämlich Kontrolle, ermöglicht Verknappung und macht diese Gemeingüter zu Waren! Das unterscheidet uns von allen anderen

Parteien!

2. Wissen zu kapitalisieren, heißt Wissen auch konsequent dafür einzusetzen, und das ist bitter, das ist das Schwierige, was an diesem Ansatz auch zu vermitteln ist, dass immer mehr lebendige und bezahlte Arbeit eingespart wird. Also folgt daraus – immer weniger Arbeitsplätze, immer weniger Menschen ohne Einkommen aus Arbeit und immer weniger Kaufkraft. Über die Umsetzung dieser Verwertungslogik wird am Ende viel mehr Wert zerstört als produziert wird.

Daraus wiederum ergibt sich für die kapitalistische Ökonomie in zweifacher Hinsicht ein wirklich existenzielles Problem: Erstens – das Problem der Zahlungsfähigkeit der Nachfrage nach Produkten, die mit immer weniger Arbeit produziert werden und zweitens das Problem, dass Wissen als ein Produkt wiederum angeeignet werden muss, um überhaupt erneut als Kapital fungieren zu können. Das ist der Punkt, um den es uns als Linkspartei in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung auch gehen muss.

Aus diesen Gründen – und auch hier unterscheiden wir uns deutlich von allen anderen Parteien – wenden wir uns gegen

Monopolstellungen bei Zugang und Anwendung von Wissen.

So illusorisch ist dieser Ansatz gar nicht. Erst kürzlich hat das EU-Parlament beschlossen, dass Software nicht patentiert werden darf. Das heißt, es gibt durchaus eine Chance diesen Weg zu gehen und er ist durchaus auch mehrheitsfähig. Es gab eine ganz klare Mehrheit im EU-Parlament. Deshalb sollten wir uns nicht etwa einbilden, dass das illusorisch ist, sondern man muss halt darum kämpfen. Und man muss in dem Globalisierungsprozess um diesen Ansatz kämpfen.

3. Wir wollen die schrittweise Besitzergreifung bzw. Privatisierung von heute noch öffentlichen Räumen, die Kontrolle über Alltagskultur, über Gemeingüter und über Umwelt verhindern. Mit dieser politischen Zielstellung stehen wir nicht allein. Schon heute gibt es weltweit viele Initiativen, gibt es weltweit Gruppen, die sich dafür engagieren und es gibt natürlich auch in der Bundesrepublik Deutschland eine ganze Reihe von Bündnispartnern, die ebenfalls eine Privatisierung aller Lebensbereiche ablehnen.

Bei dem Thema Wissen bin ich dann auch wieder zurück bei meinem Ausgangspunkt: Wer Wissen weitergibt, verliert es nicht. Der Konsum von Wissen zerstört nicht, sondern schöpft weiteres Wissen. In diesem Vergesellschaftungsansatz liegt unser gesellschaftsverändernder Anspruch.

Dr. Petra Sitte treffen Sie u.a. am:

**08.09.** gemeinsam mit **Gregor Gysi** in Halle, Hallmarkt 15.00 Uhr.

**16.09.** Wahlkampfabschluss in Halle, im „Turm“, Moritzburggraben, 19.00 Uhr.

**18.09.** Wahlfeier in Halle, „Strieses Biertunnel“, ab 18.00 Uhr.

Fast fünf Millionen Arbeitslose, zehntausende fehlende Lehrstellen, millionenfach ungesicherte Arbeitsverhältnisse, Steuerergesse an das große Kapital bei zunehmender Staatsverschuldung, Armut und Demütigung per Hartz IV-Gesetz – das ist die Bilanz von Rot-Grün, aber auch von Union und FDP, die all dies im Bundesrat unterstützt oder sogar verschärft haben. Jetzt will Schröder seine Agenda 2010 weiter verfolgen und Frau Merkel noch draufsatteln. Falsch. Richtig: eine aktive Wirtschafts-, Sozial- und Ökologiepolitik. Mit gerechten Steuern lässt sich das auch finanzieren. Dafür steht Die Linkspartei.PDS.

# Wählen lohnt sich

## für soziale und demokratische Alternativen

### 1. Arbeit in Würde – Wirtschaft für die Menschen statt Menschen für die Wirtschaft.

Wir wollen Existenz sichernde Arbeit finanzieren und dafür die für Hartz IV aufgewendeten Gelder verwenden. Wir wollen reguläre Beschäftigung finanziell attraktiv machen. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen sowie Arbeitszeitverlängerung stoppen, Überstunden abbauen und Teilzeitarbeit anständig fördern. Das öffnet auch Tore für Berufseinsteiger. Mitbestimmung und Tarifverträge sind zu sichern. Die internationalen Kapitalströme müssen stabilisiert, kontrolliert und besteuert werden.

Für unverzichtbar halten wir ein umfangreiches, längerfristig angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm – in hochwertige Bildung und Erziehungseinrichtungen, für Wissenschaft und Forschung, öffentliche Daseinsvorsorge und sozial-ökologischen Umbau.

### 2. Soziale Sicherheit: Solidarität und Selbstbestimmung statt Sozialraub und Entmündigung.

Wer arm oder von Armut bedroht ist, soll Anspruch auf eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung haben: nicht weniger als 60 Prozent des vergleichbaren Durchschnittseinkommens. Allererster Schritt: Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf mindestens 420 Euro in Ost und West (zzgl. Kosten der Unterkunft).

Bei der Altersversorgung streben wir eine Rente mit Grundbetrag von monatlich 800 Euro an. Benachteiligungen ostdeut-

scher Rentner müssen aufgehoben werden. Die Linkspartei.PDS will für die Rente eine Erwerbstätigenversicherung für alle Berufsgruppen. Dann können auch die Beitragssätze sinken. Ähnlich wollen wir bei den Krankenkassen verfahren – mit einer solidarischen Bürgerversicherung von allen für alle. Die Arbeitgeber sollen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, jedoch zunehmend nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Wertschöpfung, heran gezogen werden.

### 3. Hochwertige Bildung für alle!

Bildungsmöglichkeiten und Bildungserfolge sind hier zu Lande mehr als anderswo von der sozialen Herkunft abhängig – das geht so nicht weiter. Das muss erreicht werden:

- Alle fördern und keinen zurücklassen; individuelle Förderung statt frühzeitige Auslese – beginnend in der frühen Kindheit und in den Grundschuljahren.
- Langes gemeinsames Lernen in einer integrativen Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 10.
- Ausbildungsplätze für alle! Betriebe, die nicht ausbilden – obwohl sie es könnten – sollen zahlen.
- Gebührenfreiheit in Schule und Lehre, keine Studiengebühren!

### 4. Ein Neuanfang für Ostdeutschland, für strukturschwache Regionen in Ost und West.

Es geht um die Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage. Keine Abstriche am Solidarpakt II! Länder mit be-

sonderen Struktur- und Haushaltsproblemen sollen sich nur noch zu einem Viertel, der Bund künftig zu drei Vierteln an gemeinsamen Zuwendungen zur „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ beteiligen. Schluss mit der hierarchischen Zuweisung der Fördermittel von oben – eigene Budgets für die Regionen! Die eigenkapitalschwachen ostdeutschen Unternehmen brauchen besondere Unterstützung. In der Zukunft besteht man durch Innovation und Bildung – nicht durch Niedriglöhne. Der Solidarpakt II soll insgesamt stärker auf die Förderung industrienaher Infrastruktur und der Kooperation zwischen innovativen Unternehmen und Forschungseinrichtungen ausgerichtet werden.

Die Kompetenzen und Leistungen der Ostdeutschen müssen stärker zur Geltung kommen. Die enge Zusammenarbeit der ostdeutschen Bundesländer ist ein Gebot der Vernunft. Veraltete Bestimmungen aus den Zeiten der Industriegesellschaft, müssen abgeschafft, Antragsteller von überholten Nachweis- und Genehmigungspflichten entlastet, moderne Regelwerke für eine wissensbasierte Gesellschaft entwickelt werden.

### 5. Protest ernst nehmen. Mehr direkte Demokratie durchsetzen. Öffentliche Sicherheit gewährleisten, Grundrechte garantieren.

Wir erstreben Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene – auch zur Zukunft der EU. Öffentliche Sicherheit entsteht dort, wo effektives staatliches Handeln der Kontrolle, Einflussnahme und Mitwirkung der Bevölkerung unterliegt. Nicht nur Straftaten, sondern auch ihre Ursachen müssen erkannt und bekämpft werden. Wer sich gegen die Grundrechte in einer demokratischen Gesellschaft, gegen Freiheit, Gleichheit, Gewaltenteilung und gleiche demokratische Teilhabe stellt, soll politisch und gegebenenfalls strafrechtlich bekämpft werden. Erforderlich ist mehr Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir verteidigen das individuelle Grundrecht auf politisches Asyl.

### 6. Umverteilung von oben nach unten: Für ein solidarisches Steuersystem.

Der Spitzensteuersatz soll wieder erhöht und die Vermögenssteuer wieder erhoben werden. Abschreibungsmöglichkeiten sind einzuschränken, Steuerehrlichkeit durchzusetzen. Wir wollen die Körperschaftsteuer progressiv ausgestalten sowie Börsengeschäfte und Finanzspekulationen besteuern. Die Erbschaftsteuer ist gerecht auszugestalten. Damit sind Mehreinnahmen von über 60 Milliarden Euro möglich. | **Dr. Thomas Falkner**



**Jan Korte**, Jahrgang 1977, Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Universität Hannover, ist im Parteivorstand für Hochschulpolitik verantwortlich. Seine Magisterarbeit zur Entstehung und Funktion des Antikommunismus in der BRD musste er wegen des vorgezogenen Wahltermins zeitgleich zur Vorbereitung seiner Bundestagskandidatur abschließen. Die Delegierten hat nicht nur diese Kompetenz und seine Fähigkeit, Menschen begeistern zu können, überzeugt. Der junge Politiker wurde auf Platz 2 der Landesliste gewählt und ist Direktkandidat im Wahlkreis 72.

## Eine andere Welt vor Augen

Warum kandidiert ein junger Wessi eigentlich im Osten für die Linkspartei.PDS? Diese Frage wird mir oft gestellt. Mit meiner Kandidatur möchte ich zwei Zeichen setzen: Zum einen will ich versuchen, deutlich zu machen, dass der Gegensatz in diesem Land nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen arm und reich verläuft. Die immensen Probleme, die soziale Ungerechtigkeit, sind mittlerweile doch in vielen Regionen auch im Westen genauso anzutreffen. Ich will dafür streiten, gemeinsam und nicht gegeneinander für mehr Gerechtigkeit einzustehen. Dasselbe gilt übrigens auch für ein Miteinander zwischen alt und jung. Auch hier dürfen wir uns nicht auseinander dividieren lassen. Die Erfahrungen der PDS in Sachsen-Anhalt, speziell die feste Verwurzelung in den Kommunen kann Modell sein für eine gesamtdeutsche Linke. Mit meiner Kandidatur möchte ich hiervon lernen und meine Erfahrungen einbringen. Ebenso will ich dazu beitragen aus einem zukünftigen gemeinsamen Projekt der Linken, ein spannendes und innovatives Projekt zu machen. Das bedeutet auch, dass wir junge Menschen, Intellektuelle und kritische Geister ansprechen und uns öffnen müssen. Ich möchte dazu beitragen, spannende Debatten zu organisieren. Denn es gilt der angeblichen Alternativlosigkeit zum Sozialabbau realistische Alternativen entgegenzusetzen. Inhaltlich möchte ich mich für folgende Punkte einsetzen: Er-

stens will ich für eine gerechte und demokratische Hochschulpolitik eintreten, die gegen Studiengebühren kämpft und einer weiteren Ökonomisierung der Hochschulbildung entgegentritt. Vielmehr geht es um eine kritische Bildung, die allen zugänglich ist, und die die Voraussetzung für gesellschaftliche Veränderung schafft. Die Einführung von Bachelor/Master-Studiengängen darf nicht dazu führen, dass nur noch ein kleiner Teil ein ausführliches Studium absolvieren kann, sondern jede und jeder einen Masterabschluss machen kann. Dafür brauchen wir weniger Kleinstaaterei im Bildungswesen. Und genauso treten wir dafür ein, dass wir Studenten, Schüler, Eltern und Kinder nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern gemeinsam für mehr Gerechtigkeit im Bildungswesen kämpfen. Zweitens will ich für mehr Demokratie streiten: Wenn Otto Schily nun die Vorbeugung vorschlägt, dann ist das die Spitze von sieben Jahren Demokratieabbau in der Bundesrepublik. Wir aber wollen mehr Demokratie wagen, damit die Menschen an gesellschaftlichen Entscheidungen teilhaben können. Wir wollen Volksentscheide und wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Antifaschisten vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Wir wollen das Wahlrecht für Nichtdeutsche, die hier leben und wir wollen eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Wir wollen gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben. Das bedeutet auch, diskriminierende Sondergesetze,

„Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Antifaschisten vom Verfassungsschutz beobachtet werden.“

wie das Asylbewerberleistungsgesetz oder die Residenzpflicht abzulehnen. Daran anknüpfend ist mir die Geschichtspolitik ein Anliegen: Als antifaschistische Partei müssen wir uns deutlich gegen Geschichtsrevisionismus und Verharmlosung des NS-Faschismus wenden. Das gilt auch für die weitere Gestaltung der Gedenkstätten in diesem Land.

Last but not least möchte ich mit meiner Kandidatur dafür sorgen, dass wir an unserer konkreten Utopie – dem demokratischen Sozialismus – anknüpfen und uns programmatisch weiter entwickeln. Wir müssen konkrete Verbesserungen für die Menschen im Hier und Jetzt erstreiten, aber immer eine andere Welt vor Augen haben.

Jan Korte treffen Sie u.a. am:

**09.09.** mit Dr. Uwe Jens Rössel, Jugendkino in Sangerhausen, Markt, 20.00 Uhr.

**16.09.** Wahlkampfabschluss in Bernburg, Straßenfest am Karlsplatz, 14.00 Uhr mit anschließendem Rockkonzert, organisiert von solid' Bernburg.

**Roland Claus**, Jahrgang 1954, Diplomingenieurökonom.

Claus war von 1998 bis 2000 parlamentarischer Geschäftsführer der PDS-Fraktion im Bundestag und folgte Gregor Gysi von 2000 bis 2002 als Fraktionsvorsitzender der PDS im Bundestag. Seine politische Vita ist eng mit Sachsen-Anhalt verbunden, von 1990 bis 1997 war er der Vorsitzende des Landesverbandes der PDS. Auch mit dem jetzigen Arbeitsort Berlin blieb er aktiv in seiner Basisorganisation in der Silberhöhe in Halle organisiert. 2003 wurde Roland Claus Koordinator aller Landtagsfraktionen der Linkspartei.PDS, um bundespolitische Konzepte weiterzuentwickeln.



# Freiheit und Gerechtigkeit

## Braucht eine Linkspartei Konzepte?

■ „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“. Tausend Mal berührte uns die Hymne der Arbeiterbewegung, das sozialistische Vaterunser. Der Parteauftrag des Liedes ist deutlich: Es geht um Befreiung des Einzelnen wie der Gesellschaft von sozialer Not und von Repression. Und die Internationale gibt uns auf, die Lösungen nicht in nationalstaatlicher Enge zu suchen, sondern globalisiert. So antworte ich gern und häufig auf die Frage, was denn nun unser demokratischer Sozialismus sei, dass es uns darum geht, Freiheit und Gerechtigkeit endlich zusammen zu bringen und nicht länger gegeneinander zu definieren. Das wäre die eigentliche Chance der deutschen wie der europäischen Einigung gewesen, besser, das ist sie immer noch. Eine andere Gesellschaft ist nötig, da sind wir uns schnell einig. Schwieriger wird es bei der Frage: Ist eine andere Welt auch möglich und welche Wege führen dort hin?

Die Linkspartei.PDS und andere sich links einordnende Bewegungen werden gewiss auch künftig einen guten Teil ihres Zspruchs wegen Widerstand und Protest erhalten. Das darf auch nicht gering geschätzt werden. Soziale Ausgrenzung von

Arbeitssuchenden, massiver Druck auf Beschäftigte bei gleichzeitiger Explosion von Profiten bei Banken, Versicherungen und Großunternehmen sowie der Versuch uns an den Alltag von Kriegen zu gewöhnen, darf nicht unwidersprochen hingenommen werden. Nicht im Alltag und nicht im Bundestag. Da ist auch Populismus erlaubt und geboten, solange den Menschen nicht verantwortungslos uneinlösbare Versprechen offeriert werden. Sozusagen Populismus mit beschränkter Haftung. Und dennoch: Protest wird abgewertet oder gar nach rechts gelenkt, wo er nicht mit glaubwürdigen alternativen Gesellschaftskonzepten verbunden wird. Wer in diesem Land soziale Kälte vertreiben will, muss wissen wie das gehen könnte. Auch Wut macht warm, aber nicht auf Dauer. Als PDS und nun als Linkspartei haben wir nicht das Recht, die in uns gesetzten Hoffnungen auf Veränderungen zu zerstören, indem wir das Blaue vom Himmel versprechen. Ich fand es bemerkenswert, dass unser Landesverband nach dem Regierungswechsel 2002 nicht der Verführung erlegen ist, Opposition „auf Teufel komm raus“ zu betreiben. Als Koordinator für die PDS-Landtagsfraktionen versu-

che ich seit zwei Jahren an der Ausarbeitung bundespolitischer Konzepte mitzuwirken und zudem die Passfähigkeit unserer Vorschläge untereinander zu beachten. Meines Erachtens sind wir dabei weiter gekommen als die Konkurrenz ahnte. Dafür drei Beispiele.

1. Wir wollten immer die Reform der Arbeitswelt, nicht der Arbeitslosenwelt. Dann kam Hartz IV. Inzwischen ist es erforderlich, die Hartz-Gesetze nach vorn aufzulösen, nicht zurück in die alte Sozialhilfe. Unsere beiden Arbeitsminister, die PDS-Arbeitsmarktexperten u.a. haben dazu unter anderem die Idee entwickelt, durch Zusammenlegung aller ALG II-Mittel (also auch Mietkosten, Mehraufwandsentschädigungen, etc.) und Ergänzung durch eine gar nicht übermäßige Steuerfinanzierung aus ALG II-Bezügen neue sozialversicherte Lohnmodelle zu entwickeln - und damit auch die Entwürdigung der Menschen auf den Ämtern zu überwinden.

Dieses Projekt haben wir kürzlich auch mit den Chefs der Bundesagentur für Arbeit beraten. Es ist immer leichter über die Höhle des Löwen zu reden, wenn man weit von ihr weg ist. Wer wirklich etwas politisch verändern will, der muss aber auch in die Höhle hinein. Nach unserer Auffassung ist das neue Lohnmodell realisierbar, wenn es denn politisch gewollt wäre. Wir wissen, dass die Hartz-Gesetze auch dazu verfasst wurden, Druck auf Beschäftigte auszuüben. Wir werden uns in diesem Zusammenhang künftig mehr um gering qualifizierte Beschäftigten kümmern müssen, sicher auch abseits der „reinen Lehre“. Meines Erachtens wird die DHL-Ansiedlung hier neue Fragen aufwerfen.



2. Momentan hat der Vorwurf an die Linkspartei Konjunktur, wir würden unbezahlbare Vorschläge machen. Experten aller Art übertreffen sich mit Milliarden-Berechnungen. Alles PDS-Experten. Fakt ist aber, dass wir noch nie so solide und exakt die Gesamtbilanz unseres Wahlprogramms durchgerechnet haben. Das PDS-Steuerkonzept sieht im Netto 64 Milliarden Euro Mehreinnahmen gegenüber etwa 58 Milliarden Euro Mehrausgaben für unsere politischen Forderungen in den Bereichen Innovation, Bildung, Beschäftigung, Sozialleistungen und Kommunen vor. Wir haben also 6 Milliarden Euro mehr als wir brauchen. Da das PDS-Steuerkonzept in seiner inneren Logik bereits erhebliche Umverteilungswirkungen enthält, beläuft sich die Brutto-Berechnung auf 128 Milliarden Ausgaben zu 132 Milliarden Einnahmen. „klartext“-Leser können ja brutto und netto gut unterscheiden. Möglich wird das alles durch eine wirklich sozial gerechtere Besteuerung, die dennoch Leistung fördert und keineswegs Gleichmacherei bedeutet. Jahreseinkommen über 200.000 Euro werden bei uns allerdings wesentlich stärker besteuert als bei CDU und FDP. Das ist auch so gewollt. Natürlich werden die bekannten Anfeindungen gegen Linkspartei-Konzepte bleiben. Das darf uns aber nicht dazu verleiten, auf konkretes Nachrechnen und Überprüfen zu verzichten. Es genügt nicht die „gefühlte Tauglichkeit“ von linken Ideen.

3. Neue Autobahnen und neue Rekorde bei der Arbeitslosigkeit liegen territorial oft dicht beieinander, so auch in meinem Wahlkreis Burgenland/Weißenfels. Beton allein hat es nicht richten können. Deshalb setzen wir auf Innovation und bessere Bildung. Hier haben die neuen Länder Vorteile, bitte schön auch Standortvorteile. Für das Bildungssystem in Deutschland haben wir vorgeschlagen, einheitliche Standards bei Inhalten und Strukturen zu vereinbaren und so die bildungspolitische Kleinstaaterei zu überwinden. Wir sind da auch nicht zu erschrecken, wenn das mit dem DDR-Bildungssystem verglichen wird. Ein Blick auf DDR-Erfahrungen erspart hier manche Dienstreise nach Finnland. Ich wünsche mir in diesem Sinne weiterhin einen spannenden Wahlkampf. Wir haben es immer so gewollt, dass sich andere mit unseren Konzepten und nicht nur mit unserer Vergangenheit befassen. Nun haben wir's und das ist gut so, nur keine Angst vor der eigenen Courage.

#### **Direktkandidatur im Wahlkreis 74 und auf Listenplatz 4.**

Roland Claus treffen Sie u.a. am:  
**09.09.** beim Stadtrundgang in Merseburg, 10.00 - 12.00 Uhr.  
**16.09.** in Naumburg, im „KÖPI“, 18.00 Uhr.



**Katrin Kunert, Jahrgang 1964, Diplomagraringenieurin, steht für die kommunalpolitische Kompetenz der Linkspartei.PDS. Sie weiß um die Bedingungen für Politik im ländlichen Raum. Seit 1991 engagiert sie sich als Kreisrätin für die Menschen in der Altmark.**

Der Osten, wieder dreht sich alles um ihn, denn die Menschen hier könnten die Bundestagswahl entscheiden. Umfragen zeigen das Stimmungsbild der Menschen. Zeigen, wie sie sich respektiert, verstanden und vertreten fühlen. Nämlich verdammt miserabel! Im Osten sind die Menschen zuerst auf die Straße gegangen, um gegen Armut per Gesetz zu demonstrieren. Man mag ja der DDR vieles nachsagen, sie in einigen Dingen heftig kritisieren, aber eines haben Menschen hier so tief entwickelt, dass es zu ihrer Lebensperspektive auch nach 15 Jahren BRD gehört: ein soziales Gewissen.

Seit Mitte der 90er Jahre wird der Unterschied im Wirtschaftswachstum zwischen Ost und West wieder größer, die Arbeitslosigkeit ist hier doppelt so hoch als im Westen. Eine Vielzahl von Betrieben und Produktionsbereichen sind nach der Wende weggebrochen, „Investoren“ haben nur die Zeit im Osten produziert, wie es durch die Fördermittelbindung vorgeschrieben war. So viele kamen, um uns zu zeigen, wie gearbeitet wird, um uns die Welt zu erklären, aber geblieben sind die wenigsten! Der Aufbau Ost hat im Westen stattgefunden.

Es ist an der Zeit, einen Neuanfang für den Osten zu wagen! Und strukturschwache

# 100 Prozent für Ost und West

Regionen in Ost und in West zu entwickeln! Ein generell neuer Ansatz der Bundespolitik mit Blick auf Arbeit, soziale Gerechtigkeit, auf Investitionen und Innovationen, auf die Stärkung der Binnennachfrage und eine wirksame politische Gestaltungskraft gegen die Kräfte des Marktes kann den jetzigen Trend umkehren. Die Finanzströme aus Mitteln der EU, aus dem Solidaripakt bzw. zwischen Bund und ostdeutschen Ländern müssen zu Planungssicherheit führen. Das Förderinstrument GA „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ muss beibehalten bleiben, durch die Regionalisierung dieser Mittel kann wirksamer gefördert werden. Die Kofinanzierung muss erheblich reduziert werden, damit die Länder die Förderung auch beanspruchen können. Regionale Leitbildplanungen, wie es sie in Form von regionalen Aktionsprogrammen oder Entwicklungskonzepten bereits gibt, müssen zu verbindlicheren Vereinbarungen mit den Ländern führen, um junge Familien in den strukturschwachen Regionen zu halten. Durch die Länder ist ein größeres Augenmerk auf ein dichtes Schulnetz, Verkehrsverbindungen, ärztliche Versorgung und eine soziale und kulturelle Infrastruktur zu legen. Das vorhandene Netz von Kindertagesstätten im Osten muss in ganz Deutschland ausgebaut werden und kann somit zum Standortvorteil in der EU werden. Wenn wir von einer Industriepolitik für strukturschwache Regionen reden, denke ich in der Altmark zuerst an die Profilierung der Zukunftsbranchen nachwachsende Rohstoffe, die Lebensmittelverarbeitung und an die Autoteileproduktion. Für eine wirksame Standortpolitik sind Hochschulen, Kompetenzzentren und Unternehmen durch speziell zugeschnittene Förderinstrumente vom Bund noch besser zu vernetzen. Es gilt, die Potentiale des Ostens zu nutzen und zu entwickeln!

#### **Direktkandidatur im Wahlkreis 66 und auf Listenplatz 3.**

Katrin Kunert treffen Sie u.a. am  
**08.09.** beim Volksstimm-Forum in Salzwedel, im Landratsamt, 19.00 Uhr.



**Dr. Rosemarie Hein**, Jahrgang 1953. Bildung ist für die diplomierte Lehrerin und promovierte Kunstwissenschaftlerin der Schlüssel gesellschaftlicher Entwicklung. Spricht sie darüber, dann redet sie auch über Schule, aber über Schule als eine herausgehobene, prägende, aber eben nur eine Stufe im Prozess lebenslangen Lernens. Ihr Blickwinkel ist weiter, beginnt bei frühkindlicher Bildung und hat stets die berufliche Ausbildung, ob Lehre oder Studium, im Auge. Lernphasen sind für sie nicht Vorbereitung auf das Leben, sie sind Leben.

## Eine Schule für alle Kinder

Das Land der Dichter und Denker, jahrelang auf seine Bildung nichts kommen lassend, und das „Made in Germany“, das selbstverständlich mit fleißigen, perfekten Facharbeitern und klugen Ingenieuren gleichgesetzt wird, haben Schrammen bekommen. PISA erteilte 2001 Schulen von den Alpen bis zur Ostsee Noten, die dieses Bild schwer erschüttern.

Seitdem ist das Land aufgeschreckt. Es muss sich was ändern und möglichst schnell. Der Standort Deutschland sei in Gefahr, mehr noch der ganze auf einen starken wissenschaftsbasierten EU-Wirtschaftsraum gerichtete Lissabonprozess.

Auch wenn Sachsen-Anhalt eine für viele Menschen lohnenswerte Perspektive haben soll, braucht es Erneuerung auf allen Gebieten und natürlich Bildung. Und doch: Bildung darf sich nicht nur über ihren Wert für Wirtschaftskraft legitimieren müssen. Bildung und Kultur sind unverzichtbarer Lebensstoff für jeden Menschen wie für eine demokratische Gesellschaft.

In diesem Licht ist es nicht hinnehmbar, dass die Teilhabe an Bildung und Kultur, der Bildungserfolg so erheblich vom sozialen Status abhängen. Die ganze Gesellschaft aber auch die Schule, die Voraussetzungen für den gesamten lebenslangen Lernprozess müssen auf den Prüfstand. Dabei geht es nicht nur um den Zugang zu Schule, es geht um ihren Inhalt, ihre Methoden, ihre Erwartungen. Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt

will eine Schule für alle Kinder. Von Anfang an soll jede Schülerin und jeder Schüler mit dem Ziel unterrichtet werden, nach der 10. Klasse einen qualifizierten Schulabschluss erlangen zu können. Keinem sollen auf Grund einer Entscheidung im 4. oder 6. Schuljahrgang Bildung vor-

reauvolles Bildungsangebot mit vertretbarem Aufwand wohnortnah zu gewährleisten, sollen auf demokratischem Wege auch bald neue Organisationsformen möglich sein.

Der Gefahr der Gleichmacherei muss begegnet werden. „Eine Schule für alle Kinder“

wird sich nur behaupten können, wenn sie sich fähig zeigt, jede und jeden individuell zu fördern, anzusprechen, zu akzeptieren. Sie muss mehr Spitzenkünstler hervorbringen, mehr Nachteile ausgleichen und völliges Versagen möglichst ausschließen. Das Zeug dazu hätte sie, zahlreiche Beispiele belegen es.

Ob es wirklich gelingt, hängt von vielem ab. Nicht zuletzt

auch davon, wie junge Leute ihre Schule selbst annehmen, wie sie ernst genommen werden, wie Schuldemokratie entwickelt wird.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass die Teilhabe an Kultur und Bildung, der Bildungserfolg so erheblich vom sozialen Status abhängen.“

enthalten und Chancen verbaut werden. Vor allem die Sekundarschulen müssen in die Lage kommen, einen großen Schritt vorwärts gehen zu können. Sie dürfen hinter den Gymnasien nicht mehr zurückstehen. Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt sieht hier den Weg auch zu einer einheitlichen Organisationsform von Schule, die die klassische Trennung in Gymnasium und Sekundarschule überwindet. Das Ziel „eine Schule für alle Kinder“ ist für sie vor allem inhaltlicher Anspruch. Aber dort, wo heute schon die Aufteilung der schwindenden Schülerzahlen auf verschiedene Schulformen zu erheblichen Problemen führt, ein leistungsfähiges, ni-

### Direktkandidatur im Wahlkreis 70 und auf Listenplatz 7.

Dr. Rosemarie Hein treffen Sie u.a. am:  
**05.09.** am Infostand in Aschersleben, 10.00 Uhr.  
**17.09.** Ball der roten Socken in Wanzleben, 18.00 Uhr.

Eine Frau hat ihre neugeborenen Kinder getötet. Die Tragödie vollzieht sich neun Mal. Das Unvorstellbare geschieht in Brandenburg. Fachleute und Commonsense sind sich einig, solchen Taten liegen komplexe Ursachen zugrunde. Für Jörg Schönbohm (CDU), sind die in der DDR „verproletarisierten“ ländlichen Räume Ostdeutschlands ursächlich.

## Der wilde Osten?

■ Trotz Getöse in der Wahlkampfzeit, in der Substanz stützen Überzeugungen seine Aussagen. Nur eine ideologische Brille ermöglicht es Brandenburgs Innenminister, die Kollektivierung der Landwirtschaft nach 1945 als „erzwungene Proletarisierung“ zu charakterisieren, mangelnde Wertebildung durch den „Verlust von Verantwortung für Eigentum“ zu definieren.

Viele, die Medien und Schönbohm selbst, haben den Kindsmord in Zusammenhang mit der hohen Zahl und der besonderen Grausamkeit vieler rechtsextremer Gewalttaten in Ostdeutschland gebracht. Aktive aus antifaschistischen Initiativen und Opferberatungen weisen seit einigen Jahren auf die zivilgesellschaftliche Schwäche in den neuen Bundesländern hin. Es fehlen in der Tat ein bürgerschaftliches Engagement, kulturelle Vorbilder und Mechanismen, die die Übergriffe und Morde an Obdachlosen, Punks, Migranten und Flüchtlingen nicht durch ein Klima der Akzeptanz oder des Stillschweigens befördern. Hier beginnt eine notwendige Diskussion, auch um die Wertebildung im Osten, die nur mit den Lebensbedingungen vor und nach 1989 zusammengedacht werden kann. Denn wenn man schon rassistische Allmachtsorgien mit der hohen Zahl von innerfamiliärer Gewalt und Vernachlässigungen auf grausamem Niveau im Osten in einer Linie diskutiert, muss der gesellschaftliche Rahmen beleuchtet werden.

Brandenburg und Mecklenburg wiesen bereits in den späten Jahren der DDR eine höhere Zahl von Gewaltdelikten auf, der ländliche Raum war bereits unter alternativen Jugendlichen für die Cliques von Rechtsextremen berüchtigt. Eine schwache Infrastruktur, ein engerer Horizont für Anregungen und Verschiedenheit von Lebensstilen, gähnende Ödnis in der Freizeit der Jugendlichen waren schon damals regionale Probleme. Diese haben sich seit

1989 verstärkt, hinzu gekommen ist die schlechte Perspektive auf Ausbildung und Job, die Abwanderung der so genannten Leistungsträger und der soziale Abstieg ganzer Familien in Langzeitarbeitslosigkeit und Sozialhilfe.

Ebenso wie rechtsextreme Gewalt nicht allein aus diesen sozioökonomischen Benachteiligungen erklärbar ist, gerne werden die ideologischen Motive verharmlost, lassen sich grausame Beziehungstaten allein von der sozialen Situation der Familie ableiten. Die individuelle Vorgeschichte gehört dazu. Eine Analyse, die wirklich präventiv wirken will, muss die verschiedenen Ursachen zusammen benennen und das in jedem einzelnen Fall aufs Neue.

Einen Menschen nicht totzuschlagen, dieser Grundsatz ist so selbstverständlich wie fragil. Das fünfte christliche Gebot, verweist darauf als Norm und gleichzeitig auf die Notwendigkeit der Ermahnung. Es

gibt in der Tat Umstände, die die Zumutungen erhöhen, die Perspektiven und positiven Lösungen ersticken. Heißt auch, die psychische und physische Unversehrtheit ist potentiell überall in Gefahr, ihre Stützen sind nur da und dort stabiler.

Auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat sich nicht in verantwortlicher Weise einer sachlichen Diskussion gestellt. Hätten wir „überall so kluge Bevölkerungsteile wie in Bayern“, gäbe es keine Probleme in Deutschland, diese Aussage möchte Stoiber explizit als Kritik an der Zustimmung der „Frustrierten“ für die Linkspartei verstanden wissen.

„100 Prozent für den Osten“ werben unsere Plakate zur Wahl 2005 und wir haben gerade in den Verhandlungen mit der WASG in diesem Sommer von unserem Pfand der Ostkompetenz gesprochen. Kulturell gibt es eine Verankerung der Linkspartei.PDS im Osten, wie es kulturelle und regionale Verankerungen anderer Parteien gibt.

Aber es geht um mehr als Ostkompetenz. Es geht auch um mehr als Wirtschaftsförderung. Es geht um Demokratie. Denn der Zungenschlag, der mitklingt, sagt, die dort drüben, arbeitslos, Bittsteller, frustriert. Solche haben uns nichts zu sagen. Und das berührt das Grundverständnis von Demokratie. Und vielleicht geht die Argumentation auch weiter: Die sprechen auch anders und man sieht gleich, woher sie kommen. Die, die bleiben, sind dumm und roh, die, die zu uns kommen, wollen uns unseren Wohlstand streitig machen. Zahlen tun wir für sie alle, und trotzdem wollen sie sich nicht einfügen. Und das klingt irgendwie bekannt aus dem Osten, als Angriff auf Gleichheit und Freiheit – im Westen.

| **Anke Lohmann**

### Gregor Gysi kommt

**am 08.09.** nach **Halle**,  
gemeinsam mit **Petra Sitte**,  
Hallmarkt, 15.00 Uhr  
und nach **Magdeburg**,  
gemeinsam mit

**Hans-Werner Brüning**,  
vor „Café Flair“, Breiter Weg,  
18.30 Uhr.





# Alternativen zum Sozialabbau

**Elke Reinke, Jahrgang 1958, Elektroingenieurin**



„Eigentlich müssten so gut informierte Leute ins Parlament“, bekam Reinke im Gespräch zu Hartz IV von einem Bundestagsabgeordneten zu hören. „Dafür haben die Leute Sie gewählt, Sie sollten die Bürger vertreten“, war ihre Antwort. Nach solchen Erfahrungen, den Montagsdemonstrationen in Aschersleben und den zahlreichen Gesprächen mit anderen Betroffenen, hat sich Elke Reinke für die Kandidatur für den Bundestag entschlossen. Die VertreterInnenversammlung der PDS in Wittenberg hat Elke Reinke von der WASG auf Platz 5 der Landesliste gewählt. Reinkes berufliche Biographie bzw. der Bruch in dieser, ist typisch für den Osten Deutschlands. Die Mutter zweier Kinder ist als Elektroingenieurin ausgebildet, umgeschult zur Speditionskauffrau. Sie hat zehn Jahre in den Chemischen Werken BUNA ge-

arbeitet. Nach dem Umzug nach Aschersleben war sie in der dortigen Werkzeugfabrik angestellt. In der Wende arbeitete sie im Leichtmetallwerk Nachterstedt in der Rationalisierungsmittelabteilung – Reinkes Arbeitsplatz wurde dann als Erstes auch mit wegrationalisiert. Nach Umschulung und weiteren kaufmännischen Weiterbildungen, ABM, hat sie jetzt einen „sehr begehrten 1-Euro-Job in der Kirche“. Und selbstironisch fügt sie hinzu: „Bei den heißen Temperaturen sehr angenehm.“ Reinke ist Mitglied der Interessengemeinschaft „Kontra Sozialabbau“ und arbeitet im „Sozialforum Nordharz“ mit. Ihr Engagement, die Aufklärung gegen Hartz IV, begann früh. Zehn, zwanzig Leute standen mit ihr vor dem Arbeitsamt. Sie hatten sich bemüht, Verbündete zu suchen. Arbeitsloseninitiativen, sagt sie, wussten noch gar nichts über die Gesetzgebung und die

Agenda 2010, die Gewerkschaften waren gerade an der Einführung der 35 -Stunden-Woche im Osten gescheitert, die PDS mit der Kandidatensuche beschäftigt. Im August 2004 waren aus zehn Leuten 3.000 geworden. Ab dann ging es jeden Montag los. In Aschersleben haben bis heute über 50 Montagsdemos stattgefunden, mit Elke Reinke. Sie hat sich reingehangen, hat nicht nur Protest, sondern Alternativen gesucht. Gemeinsam haben sie Podiumsdiskussionen mit Kommunal-, Landes- und Bundespolitikern organisiert, Leute zum Arbeitsamt begleitet, Offene Briefe geschrieben an die Gewerkschaften, an den Bundesrat, den Bundestag, an das Wirtschaftsministerium und den Ombudsrat. Die Antworten, so zwei, drei Zeilen, waren nichtssagend. Sie hat sich in der WASG organisiert, in dem Verein, danach in der Partei. Hier geht es um Alternativen – für die man jetzt gemeinsam mit der Linkspartei.PDS kämpfen will. Ihr Kreisverband hat sie ermutigt für die Bundestagswahl zu kandidieren. Sie weiß, wer eine Lobby im deutschen Bundestag braucht. „Es sind Arbeitslose, es sind Arbeitnehmer, es sind Rentner, es sind Jugendliche, es sind Behinderte, die brauchen eine Bürgervertretung, eine gemeinsame, und das sollten wir sein. Und wir sollten die Leute nicht enttäuschen“, meint Elke Reinke.

**Kandidatur auf dem Listenplatz 5.**

| Porträt Anke Lohmann

# Der Friedensaktivist

**Veit Kuhr, Jahrgang 1971, Diakon**



„Seit ich 17 Jahre bin, mache ich Politik. Als ich damals in den Friedens- und Umweltkreisen der evangelischen Kirche der DDR anfing, da wollte ich einen demo-

kratischeren und ökologischeren Sozialismus, keine Abschaffung des selbigen. Ein wichtiger Vertreter der Befreiungstheologie, Ernesto Cardenal, hat mal gesagt: ‚Da wo der Sozialismus wirklich funktioniert, da hat Gottes Reich angefangen‘.“ Kuhr engagierte sich über ein Jahrzehnt bei Bündnis 90/Die Grünen. Er war im Landesvorstand der Partei, für die Grünen im Stadtrat in Gernrode und Landessprecher des Grün-Alternativen Jugendbündnisses „Die Bunten“. Nach zwölf Jahren kam der Bruch, durch die militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr unter Rot-Grün. Kuhr trat 2001 aus der Partei aus. Er ist ehemaliger Totalverweigerer, gegen die Wehrpflicht und für eine Abschaffung der Bundeswehr. Die Reduzierung der Armee auf eine Stärke von 100.000 Mann wäre da ein erster Schritt. Außenpolitik muss Friedenspolitik sein, sich für zivile Konfliktlösungen und Krisenprävention einsetzen. Als evangelischer Diakon trug Veit Kuhr diese Ansätze in der Kinder- und Jugendarbeit weiter. Und er ist weiter aktiv, sucht nach neuen Zusammenschlüssen für die politische Arbeit. Anfang 2005 wird er Mitglied der WASG und ist heute stellvertretender Landesvorsitzender.

Kuhr tritt ein für eine demokratische, soziale, ökologische, antirassistische und freiheitlich, friedliebende Gesellschaft. Für ihn gehören Beschäftigung und Arbeit, von denen man leben kann, dazu. Ebenso wie Sozial- und Bildungspolitik ohne Zugangsbarrieren und neue Steuerkonzepte unabdingbar sind. Eine gerechte Gesellschaft muss diesen Anspruch für alle einlösen. Wo ist sie geblieben, die Gerechtigkeit für Migranten und Flüchtlinge? Das Recht auf Asyl ist quasi abgeschafft. Für Kuhr hat damit nicht nur die Wiederherstellung des Rechts auf Asyl Priorität, ebenso gehört dazu die Abschaffung der Ausreisezentren in den Ländern.

Der friedens- und umweltpolitische Aktivist mit Prinzipien ist auf seinem Weg in einem Bündnis angekommen, das es so noch nicht in der Bundesrepublik gab. Nur ein demokratisches Linksbündnis aus PDS und WASG, das darüber hinaus auch alle linken Kräfte und Gruppen der Gesellschaft einbezieht, hat die Chance, dem derzeitigen neoliberalen Einheitsblock etwas wirksam entgegenzusetzen. Davon ist nicht nur Veit Kuhr überzeugt.

**Kandidatur auf dem Listenplatz 6.**

| Porträt Anke Lohmann



# Der Bürgermeister

Michael Bremer, Jahrgang 1955, Diplomlehrer



■ Von wem die Idee stammt, die Finanzmisere der sachsen-anhaltischen Kommunen dadurch zu demonstrieren, dass Bürgermeister bis zum Hals im Wasser stehen, weiß ich nicht. Dass Michael Bremer, ehrenamtlicher Bürgermeister von Möser, an dieser symbolischen Aktion, die durch das deutsche Fernsehen und die Printmedien ging, teilgenommen hat, verwundert mich nicht. Bremer steht mitten im Leben und kämpft seit 1994 auf seinem Bürgermeister-Posten. Seine Wiederwahl 2004 bereits im ersten Wahlgang spricht Bände.

50 Jahre ist er, das glaubt man nur wegen seiner weißen Haare. Sein schönes Deutsch hat er in Schwerin gelernt, der Magdeburger Dialekt war bestimmt ein Pfund im Kampf um den Bürgermeister. Michael Bremer treibt um, dass den Leuten immer stärker in die Taschen gegriffen wird. Umlagen, Gebühren und Beiträge erhöhen sich ständig, in allen Bereichen. Immer weniger Menschen haben die Möglichkeit, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten. Das sind Tatsachen, die ihn betroffen

machen und die er ändern möchte. Wenn er kann, aus dem höchsten deutschen Parlament heraus.

Bremer ist für die Linkspartei.PDS im Wahlkreis 67 angetreten, das Abgeordnetenmandat zu erringen. Sein politisches Credo bricht Bremer herunter in ganz irdische Dinge: Die Menschen sollen auch in Zukunft nicht frieren, ins Kino gehen können, um zu entspannen, und zum Essen ein vollständiges Gebiss haben. Sie sollen gut wohnen und über eine angemessene Altersversorgung verfügen. Bürgermeister Bremer kämpft um Kindertagesstätten und kurze Schulwege. Er will keinen Müll auf seinen Straßen haben und ist überzeugt davon, dass öffentliche Spielplätze in jede Gemeinde gehören. Wenn Bremer sagt: Die Zukunft braucht ein Gesicht, eines, das mehr Lach- als Sorgenfalten hat, dann spricht er auch davon, dass dahinter Arbeit steckt. Arbeit, die er als Bundestagsabgeordneter der Linkspartei.PDS gern leisten möchte.

**Direktkandidat im Wahlkreis 67.**

| Porträt Dr. Martin Reso

# Dem Schicksal in den Rachen greifen

Dr. Detlef Eckert, Jahrgang 1951, Historiker

■ Von Ludwig van Beethoven stammt der Ausspruch: „Dem Schicksal in den Rachen greifen!“ Es war sein Motto, als Komponist mit dem Verlust seines Gehörs zurechtzukommen. Detlef Eckert, als Unfallopfer seit 1973 beinamputiert, hat in gleicher Weise auf sein Schicksal reagiert. Er hat seine Liebe zum Sport nicht aufgegeben, sondern hat verbissen trainiert, wurde Hochleistungssportler und hat als Hochspringer an den Paralympics in Barcelona, Atlanta und Sidney teilgenommen. Der freundliche Hüne – Eckert ist 1,97 Meter groß – ist promovierter Historiker und sensibler Beobachter der Lebensbedingungen behinderter Menschen. Er wird zum kompromisslosen, ungedulden Streiter, wenn es um Chancengleichheit und die Einlösung des Anspruches auf ein selbstbestimmtes Leben aller geht. 6,5 Millionen Menschen in Deutschland sind behindert und konfrontiert mit viel-

fältigsten Formen von Ausgrenzung. Für Eckert ein unhaltbarer Zustand. Als Referent für Behindertenpolitik der Bundestagsgruppe der PDS und als Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes konstatierte er Anfang der 90er Jahre: In Ost und in West überwogen im Umgang mit behinderten Menschen Fremdbestimmung und Diskriminierung. Das wollte er ändern. Er wollte mehr Teilhabe und Selbstbestimmung für die Menschen mit Behinderungen. Er brauchte mehr politisches Gewicht. Folgerichtig kandidierte er auf Bitten seiner Halberstädter PDS-Organisationen zu den Landtagswahlen 1998 und ist seitdem Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt neben der Sportpolitik in der Behindertenpolitik. Eckert wurde in Sachsen-Anhalt und seit 1999 als Mitbegründer des Deutschen Behindertenrates zum Vorkämpfer für ein Antidiskriminierungsgesetz, mit dem der



rechtliche Rahmen geschaffen werden soll für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Er weiß um die Verhältnismäßigkeit der Umsetzung dieses Anspruches. Aber er gibt nicht auf, darum zu streiten, und er will das an höchster Stelle tun. Behindertenpolitik betrifft acht Prozent der Bevölkerung direkt, sie ist lebensbestimmend für mindestens ein Fünftel der Bundesbürger. Das Antidiskriminierungsgesetz, für das Eckert auch bundesweit kämpft, ist kein politisches Randthema, es trifft die Mitte der Gesellschaft.

**Direktkandidatur im Wahlkreis 68 und auf Listenplatz 12.**

| Porträt Dr. Martin Reso

# Keine Angst vor großen Tieren

Heidrun Tannenberg, Jahrgang 1955, Ingenieurökonomin

Die eigentliche politische Geburt Heidrun Tannenbergs war 1990. In den Wendewirren erkannte sie Chancen und Bedrohungen der Frauenpolitik und wurde zur vehementen Streiterin echter Gleichstellung ihrer Geschlechtsgenossinnen. Viel früher als andere in der PDS spürte sie, dass der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau, bei unbestrittenen Erfolgen, Fehlstellen aufwies. Diese kompromisslos zu benennen ist eine Aufgabe, die nur von Frauen selbst zu tilgen ist.

Für dieses Problem waren Parteigrenzen zu eng. Tannenberg suchte Verbündete und wurde so zu einer Aktivistin des Frauenpolitischen Runden Tisches der Stadt Halle, in dem sie heute noch agiert und den sie als eine von drei Sprecherinnen vertritt.

Folgerichtig kandidierte sie 1994 zur Kommunalwahl und ist seitdem, bereits in der dritten Legislatur, Stadträtin in der altherwürdigen Universitätsstadt. Heute ist sie Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Stellvertretende Vor-

sitzende im Vergabeausschuss und vertritt die Linkspartei.PDS im Hauptausschuss. Außerdem sitzt sie im Aufsichtsrat in einer Halleschen Wohnungsgesellschaft. Hier geht es um die so genannten harten Themen, in die sie sich mit Fleiß und „Dranbleiben“ eingearbeitet hat. Tannenberg ist engagiert und packt die Dinge an, Themen, die an sie herangetragen werden, erledigt sie gleich, am liebsten in einem Ritt. Sie schätzt und achtet natürliche Autorität und sie hat keine Angst vor „großen Tieren“. Es geht ja um die Sache.

Bis 2002 war Heidrun Tannenberg Wahlkreismitarbeiterin von Roland Claus. Seitdem ist sie arbeitslos und jetzt ALG II-Empfängerin. Der Sozialstaat wurde ihr zweites großes politisches Thema. Sie hat sich eingeschränkt, ihr blieb nichts anderes übrig, aber sie hat sich nicht zurückgezogen. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen ist ein hohes Verfassungsgut. Tannenberg weiß, wie fragil dieses für Arbeitslose und sozial Ausgegrenzte



ist. Ihre Antwort an die Mitbetroffenen sind Gespräche unter dem Motto „Rat & Tat – Selbsthilfe zu ALG II“. Es sind nicht nur Hallenser, die regelmäßig zu ihr kommen. Allein, dass sich jemand die Zeit nimmt, mit Betroffenen zu reden, hat sich herumgesprochen. Die menschliche Wärme, die Heidrun Tannenberg einbringt, ist wichtig, für sie, ihre Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner.

**Kandidatur auf dem Listenplatz 11.**

| Porträt Dr. Martin Reso

# Sozial- und Kulturausgaben verteidigen

Hans-Werner Brüning, Jahrgang 1949, Diplomphilosoph

Seit 1990 kümmert er sich als Kommunalpolitiker vor allem um die sozialen Belange der Magdeburger Bevölkerung und die Zukunft der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts. Anerkennung und Zuspruch hat ihm vor allem verschafft, dass er seine Visionen einer gerechten Gesellschaft mit der täglichen politischen Arbeit verbindet.

Der Name Brüning steht für das Eintreten für den Industriestandort und den Kampf gegen die Vernichtung Magdeburger Traditionsunternehmen. Seit 1990 an der Spitze der Stadtratsfraktion der PDS, ist er gefragter Partner für Gewerkschafter, Unternehmer und Handwerker, für Künstlerinnen und Künstler, Sport- und andere Vereine geworden.

Die letzten zwei Jahre waren für Hans-Werner Brüning eine besondere Herausforderung. Er sagt selbst: „Die Umverteilungspolitik der rot-grünen Bundesregierung sorgt für riesige Defizite in den öffentlichen Haushalten. Wir müssen kämpfen, damit bei den Sozial- und Kulturausgaben der Stadt nicht der Rotstift

regiert. Jahre der Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Bevölkerung haben ihren makaberen Höhepunkt in Hartz IV gefunden. Die veranschlagten Einsparungen von 2,5 Milliarden Euro für die kommunalen Haushalte treten nicht ein. Im Gegenteil, wir müssen erfahren, wie Zehntausenden Menschen in Magdeburg die Würde genommen wird. Das ist einzig und allein die Schuld derer, die das Hartz IV-Gesetz im Bundestag beschlossen haben.“

Die Sozialräuber hatten es nicht schwer: Es fehlte seit 2002 eine Oppositionsfraktion, die sich für die sozialen Interessen stark gemacht hat. Diese Zeit muss vorbei sein und Hans-Werner Brüning will seine ganze Kraft und Erfahrung, sein Können dafür einsetzen. Mit der Bundestagsfraktion der Linkspartei.PDS will er dafür sorgen, dass wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung nicht länger als Gegensatz behandelt werden.

**Direktkandidatur im Wahlkreis 69 und auf Listenplatz 10.**

| Porträt Matthias Gärtner



# Albert Schweitzer antwortete

**Dr. Uwe-Jens Rössel, Jahrgang 1950,  
Diplomwirtschaftler**

■ „Ich bin für Sie da“ war das Motto, unter das Uwe-Jens Rössel seinen Oberbürgermeister-Wahlkampf in Halle im Jahr 2000 gestellt hatte. Es war die Quintessenz seines politischen Lebens. Für andere da sein zu wollen ist auch das Motiv, unter das er seinen Wahlkampf im Bundestagswahlkreis 75, der die Landkreise Sangerhausen, Mansfelder Land und Teile von Merseburg-Querfurt umfasst, gestellt hat.

„Ich bin für Sie da“ ist das Angebot des promovierten Diplomwirtschaftlers, der schon in den Jahren 1994 bis 2002 für die PDS im Bundestag agierte, auch in der 16. Legislatur die Interessen der Sachsen-Anhalter auf Bundesebene zu vertreten. Und in Rössel hätten sie einen streitbaren und kompetenten Anwalt, dem die Tugend, beharrlich zu sein, in Fleisch und Blut übergegangen ist, und der zahlengenaue seine politischen Intentionen vorzubringen vermag. Hätten Sie dem Urwaldarzt Albert Schweitzer geschrieben, weil sie seine Lebensentscheidung, in Afrika bei

den Ärmsten der Armen zu wirken, bewundern? Rössel hat das als kleiner Junge getan, und Schweitzer hat ihm geantwortet. Die davon wissen, begreifen ihn schneller und haben eine Vorstellung davon, was ihn antreibt.

Rössel ist auch ein ausgewiesener Kommunalpolitiker. Das Linkspartei.PDS-nahe Kommunalpolitische Forum ist eine Institution, die maßgeblich durch ihn geprägt wurde. Über sie gelingt es der Partei, quer über die formalen politischen Gliederungen hinweg mit einheitlichen Positionen in Städten und Gemeinden linke politische Forderungen in konzentrierter Aktion auf die Tagesordnung zu setzen. Das ist ein Pfund, mit dem die Linkspartei.PDS wuchert und mit dem sie als linke Kraft in den Ostländern erkennbar ist. Rössel ist schnell, er ist entscheidungsfreudig und kann sich gut auf einen Gesprächspartner einstellen. Sachen, die er anfasst, bringt er zu Ende. Er vermag anzuregen und mitzureißen. „Ihre Zeit ist noch nicht gekommen“ sagten nicht We-



nige, die ihn gern als Hallenser Oberbürgermeister gesehen hätten, und das galt wohl mehr der Partei als ihrem Kandidaten. Rössel hat das eingesteckt und mitgenommen in seine Arbeit. Und er hat sich wiedergemeldet, als sich die PDS nach Zwangspause formierte, um dem 16. Deutschen Bundestag als Linkspartei ihren Stempel aufzudrücken.

**Direktkandidatur im Wahlkreis 75 und auf Listenplatz 8.**

| Porträt Dr. Martin Reso

# Um(Steuern)

**Heidmarie Ehlert, Jahrgang 1950, Steueroberinspektorin**



■ Für viele Leute ist Steuerpolitik ein allzu trockenes Thema, mit dem man sich ungern auseinandersetzt. Nicht für die 55jährige Linkspartei-Politikerin Heidmarie Ehlert.

Für sie ist die Steuerpolitik der letzten Jahre ursächlich an der hohen Arbeitslosigkeit und den sinkenden Einnahmen der öffentlichen Kassen Schuld. „In den letzten Jahren haben Wachstumsschwäche und steigende Arbeitslosigkeit zu Mehrbelastungen geführt. Steuergeschenke an Reiche und Kapitalgesellschaften haben die Einnahmen des Staates um mehr als 60 Milliarden Euro gesenkt.“ Für Heidmarie Ehlert ist das der entscheidende Punkt, warum sie in den 16. Deutschen Bundestag gewählt werden will. Bereits zwischen 1998 bis 2002 brachte die Diplomökonomin und Steueroberinspektorin als PDS-Abgeordnete ihre Kompetenz in den Bundestag ein. Ihre Ablehnung der Politik der letzten Jahre brachte sie aktiv nicht nur auf der Straße zum

Ausdruck. Als Mitglied im Bündnis für soziale Gerechtigkeit der Region Dessau und als eine der Sprecherinnen organisiert sie seit April 2004 den Protest gegen Hartz IV. Zum Teil konnten 5.000 Bürgerinnen und Bürger auf die Straßen Dessaus mobilisiert werden. Mehr als 6.000 Unterschriften wurden für eine Petition gegen Hartz IV gesammelt.

Nunmehr kandidiert Heidmarie Ehlert als Direktkandidatin für die Linkspartei.PDS im Wahlkreis 71 (Anhalt) und auf der Landesliste Sachsen-Anhalt der Partei. Die Bundestagswahl ist für sie eine Chance, Alternativen zur verfehlten Sozial- und Finanzpolitik aufzuzeigen. Dazu gehören die Agenda Sozial statt Agenda 2010, das von ihr mit erarbeitete Steuerkonzept der PDS statt weiterer Steuergeschenke an Konzerne und Spitzenverdiener. Statt Hartz IV bedarf es einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, und die Einführung einer Kopfpauschale muss durch eine Bürgerversicherung ersetzt werden. Mit Leidenschaft, Herz und Engagement möchte sie dafür im 16. Deutschen Bundestag wirken.

**Direktkandidatur im Wahlkreis 71 und auf Listenplatz 9.**

| Porträt Matthias Gärtner

Sie haben am Wahltag zwei Stimmen, mit der ersten wählen Sie eine/einen Wahlkreisabgeordnete/n, mit der zweiten die Landesliste einer Partei. Die Zweitstimme ist die maßgebende für die Verteilung der Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien.

## BUNDESTAGSWAHLEN 2005

Weitere Informationen auf

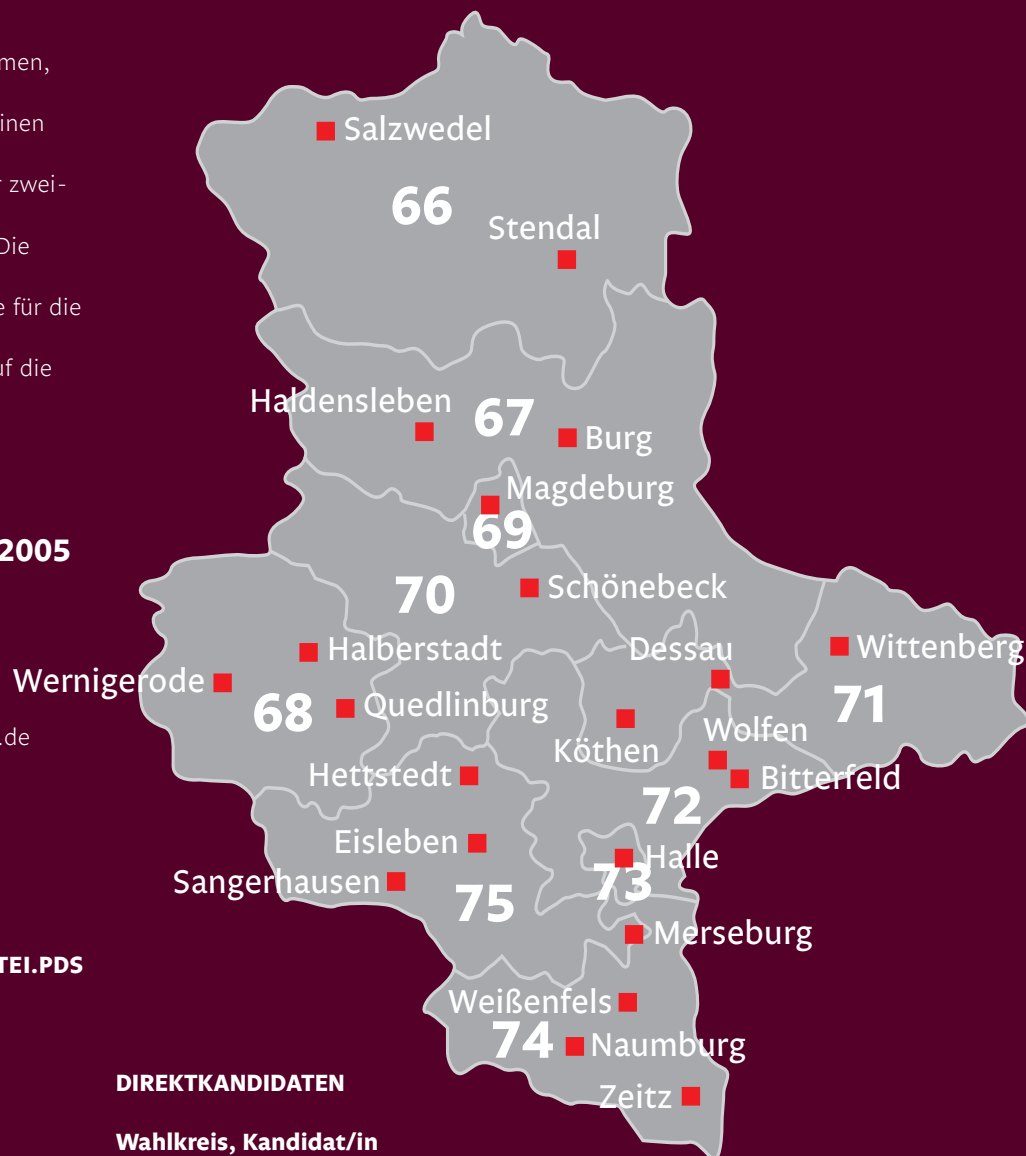
[www.sozialisten.de](http://www.sozialisten.de)

[www.linkspartei-sachsen-anhalt.de](http://www.linkspartei-sachsen-anhalt.de)

## LANDESLISTE DER LINKSPARTEI.PDS SACHSEN-ANHALT

### Platz, Kandidat/in, Homepage

- 1 Dr. Petra Sitte  
<http://www.petra-sitte.de/>
- 2 Jan Korte  
<http://www.jankorte.de/>
- 3 Katrin Kunert  
<http://www.katrin-kunert.com/>
- 4 Roland Claus
- 5 Elke Reinke
- 6 Veit Kuhr  
<http://www.asg-sachsen-anhalt.com>
- 7 Dr. Rosemarie Hein  
<http://www.rosemarie-hein.de/>
- 8 Dr. Uwe-Jens Rössel  
<http://www.pds-mansfelder-land.de/>
- 9 Heidemarie Ehlert  
<http://www.heidemarie-ehlert.de/>
- 10 Hans-Werner Brüning  
<http://www.hans-werner-bruening.de/>
- 11 Heidrun Tannenberg
- 12 Dr. Detlef Eckert  
<http://www.detlef-eckert.de/>



### DIREKTKANDIDATEN

#### Wahlkreis, Kandidat/in

- 66 Altmark  
Katrin Kunert
- 67 Elbe-Havel-Gebiet  
Michael Bremer
- 68 Harz  
Dr. Detlef Eckert
- 69 Magdeburg  
Hans-Werner Brüning
- 70 Börde  
Dr. Rosemarie Hein
- 71 Anhalt  
Heidemarie Ehlert
- 72 Bernburg-Bitterfeld-Saalkreis  
Jan Korte
- 73 Halle  
Dr. Petra Sitte
- 74 Burgenland  
Roland Claus
- 75 Mansfelder Land  
Dr. Uwe-Jens Rössel